

Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegesischen  
Auseinandersetzungen in der Ukraine durchhalten und ein  
angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar 2015 | 1

Offenbar soll der Versuch gemacht werden. Ob das gelingt ist fraglich, obwohl  
wünschenswert. Es ist fraglich, weil die Diffamierung der Proteste des vergangenen Jahres  
inklusive der Friedensdemonstrationen vom 13.12.2014 („Friedenswinter“) machtvoll und  
erfolgreich war. Sie hat Kreise erreicht, die früher zur Friedensbewegung zählten und die  
man landläufig als links und linksliberal einstufen könnte. Diesen Eindruck gewann ich bei  
Freunden aus der früheren Friedensbewegung, die an den neuen Versuchen des Protestes  
zweifeln, u.a., weil sie im Blatt, dem sie seit Jahrzehnten vertrauen, in der Frankfurter  
Rundschau, [am 12.12.2014 dieses lasen](#): „Die sogenannte Friedensbewegung eint die  
Ablehnung der liberalen Gesellschaft“; sie fände ihren Nachwuchs unter „Rechtspopulisten,  
Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten“ Eine derartige Agitation hat  
nach meinem Eindruck viele potentiellen Unterstützer einer neuen Friedensbewegung  
erreicht. **Albrecht Müller**

Schon bei den ersten Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine im Frühjahr 2014  
war erkennbar, dass die Meinungsführer aus Politik, Militär und Medien alles darauf  
anlegen, jeden öffentlichen Widerstand gegen die Politik der militärischen Konfrontation  
und Intervention madig zu machen und damit zu brechen. Die Demonstranten wurden als  
Spinner, Verschwörungstheoretiker, Querfrontler, Antisemiten und Anti-Amerikaner  
abgewatscht. Die Kritik an den Mahnwachen konnte man im Frühjahr noch auf einige  
unausgegrenzte Redeteile (Äußerungen über die Rolle der FED zum Beispiel) abstützen. Bei  
der massiven Kritik an der Friedensdemonstration vom 13. Dezember 2014 in Berlin und an  
anderen Orten verzichtete man auf Belege, weil es keine gab. Aber die Etikettierung blieb.  
Die zuvor genannten Parolen der Diffamierung sind festverankerter Bestandteil der  
Agitation geworden und haben vermutlich die Unterstützung für die neue  
Friedensbewegung nachhaltig gelähmt.



Ein gutes Beispiel für die Selbstverständlichkeit, mit der die produzierten Behauptungen  
inzwischen als wahr in Argumentation und Texte eingestellt werden, ist ein Artikel bei  
Zeit.de vom 20.1. mit dem Titel [„Gysis Krise“](#). Dort ist zu lesen:

„Da ist außerdem immer wieder Sahra Wagenknecht – Gysis Stellvertreterin, ...  
Dass sie im Ukraine-Krieg um mehr Verständnis für Russland und dessen  
Staatschef warb, lag da zunächst noch im Mainstream der Partei. Aber  
schließlich unterschrieb sie einen Aufruf zur Friedenswinter-Kundgebung, einer  
**Ansammlung von Verschwörungstheoretikern**, die den USA und der Nato die  
Alleinschuld an dem Konflikt gaben.“

NachDenkSeiten - Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegesischen Auseinandersetzungen in  
der Ukraine durchhalten und ein angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar  
2015 | 1

Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegesischen  
Auseinandersetzungen in der Ukraine durchhalten und ein  
angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar 2015 | 2



Im vorangegangenen [Beitrag von Zeit.de vom 13.12.2014](#) hieß es ähnlich wie in der  
zitierten Frankfurter Rundschau:

„Altkommunisten, Neu-Rechte, linke Abgeordnete und Gewerkschafter  
demonstrieren beim „Friedenswinter“ gegen Gauck und alle Politiker – außer  
Putin.“



Damals am 13.12.14 wie heute wird ohne Beleg für die Unterstellung, hier  
„Verschwörungstheoretiker“ und „Neu-Rechte“, Meinung gemacht.

**Das Bild von den Friedensdemonstrationen in Berlin und in anderen Städten wurde  
damals ohne Rückgriff auf die Ereignisse selbst, auf die gehaltenen Reden und  
auftretenden Redner gemalt - eben so, wie die diffamierenden Etiketten das  
Vorgaben**

Da ich selbst den Aufruf zu der Demonstration in Berlin unterschrieben hatte, habe ich  
aufmerksam verfolgt, ob und welche Belege für die Diffamierung vorgebracht werden.  
Fehlannonce. Auch die Rednerliste und die Reden vom 13. Dezember in Berlin bringen  
nichts, was die Vorwürfe und verteilten Etiketten sachlich rechtfertigen würde.

Per Zufall bin ich bei meinen Recherchen auf zwei professionelle Beobachter der Berliner  
Demonstration gestoßen. Sie haben Plakate und Transparente der Demonstranten von  
Berlin fotografiert und einen kurzen Bericht von ihrem Eindruck verfasst:

**Bericht und Kommentar zur Friedensdemonstration am 13.12.2014:**

Wenn in Deutschland in den vergangenen Monaten Bürgerinnen und Bürger ihr  
Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahr  
genommen haben und öffentlich für oder gegen etwas demonstriert haben, war  
ihnen von Seiten der selbst ernannten Qualitätspresse beinahe immer negative  
Berichterstattung sicher. Unabhängig von Ort, Anlass und Motto nehmen an  
diesen Veranstaltungen scheinbar ausschließlich „Wutbürger“, Rechte, Linke,  
Verschwörungstheoretiker und Wirtköpfe teil. Glaubt man den Berichten, sucht

NachDenkSeiten - Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegesischen Auseinandersetzungen in  
der Ukraine durchhalten und ein angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar  
2015 | 2

Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegerischen  
Auseinandersetzungen in der Ukraine durchhalten und ein  
angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar 2015 | 3

man auf den Kundgebungen Otto-Normal-Bürger, also die so genannte "Mitte",  
vergeblich.



Irritiert von der auffallend einseitigen, undifferenzierten und oberflächlichen  
Berichterstattung, haben wir uns am 13. Dezember 2014 die Friedenswinter-  
Demonstration in Berlin angesehen, um uns vor Ort ein Bild zu machen und mit  
der anschließenden Berichterstattung zu vergleichen. Unser Fazit: Scheinbar  
haben am selben Ort zur selben Zeit mehrere verschiedene Demonstrationen  
stattgefunden. Die Veranstaltung, die wir beobachtet haben, war definitiv eine  
andere als diejenige, über die in den meisten Medien berichtet wurde.



Wir sind vor Ort auf Teilnehmer aus allen Altersschichten gestoßen. Alle  
Demonstranten und Redner einigte die Forderung nach Frieden. Ausdrücklich  
wurde dabei der "Frieden für alle Länder" betont. Der Demonstrationszug vom  
Berliner Hauptbahnhof zum Schloss Bellevue, dem Amtssitz des  
Bundespräsidenten, war auffallend ruhig. "Gauck, Gauck, der nichts taugt, außer  
nur zum Kriegs-Klamauk", war öfter in den ersten Reihen zu hören. Ob dieser  
Spruch besonders originell oder intelligent ist, soll jeder für sich selbst  
entscheiden. Gesetzeswidrig ist er nicht.

Gezielte Medienkampagne?

Ich bin seit 15 Jahren in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und habe als  
Redakteur, Pressesprecher und Berater mit Schwerpunkt politische  
Kommunikation gearbeitet. Man muss kein Experte auf dem Gebiet sein, um auf  
die Idee zu bekommen, dass die aktuelle Berichterstattung wie eine gezielte  
Medienkampagne wirkt. Ziel ist es, für Ruhe auf den Straßen zu sorgen. Die  
Strategie sieht vor, jeden Demonstrationsteilnehmer – unabhängig von seinem  
Anliegen – als Wutbürger, Wirrkopf, Verschwörungstheoretiker, Linken oder  
Rechten zu verunglimpfen und so mögliche Unterstützer abzuschrecken und  
einen weiteren Zulauf zu verhindern.



Dabei zeigt die Erfahrung, dass es in großen Gruppen immer auch einige  
unangenehme Zeitgenossen gibt, selbst in etablierten Parteien und großen

Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegerischen  
Auseinandersetzungen in der Ukraine durchhalten und ein  
angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar 2015 | 4

Medienhäusern. Käme deshalb jemand auf die Idee, eine ganze Partei oder eine  
komplette Redaktion als eine Ansammlung von Wirrköpfen und  
Verschwörungstheoretikern zu beschimpfen?



Es reicht nicht aus, die Sorgen der Menschen nur "Ernst zu nehmen". Welche  
Ängste und Sorgen treiben immer öfter und immer mehr Bürger auf die Straßen?  
Eine fundierte Analyse und Aufarbeitung über die Gründe bleibt bisher aus.  
Stattdessen lässt die oberflächliche und undifferenzierte Berichterstattung die  
Medienkonsumenten mit großen Fragezeichen zurück, während die öffentliche  
und die veröffentlichte Meinung sich gefühlt immer seltener decken. Wen  
wundert es, dass die Glaubwürdigkeit der Medien leidet?

A.H.

*Die eingefügten Fotos sind von S.L. & A.H. aufgenommen und geben typische Plakate und  
Transparente von der Demonstration „Friedenswinter“ in Berlin am 13.12.2014 wieder.*

**Die Stigmatisierung der Friedensbewegung war gut vorbereitet und wird vor allem  
über den Rest an Medien mit einem gewissen progressiven Image gespielt**

[„Berichte und Kommentare zur Friedensdemonstration in Berlin waren vorher  
geschrieben“](#), so hatten wir am 15. Dezember geschrieben und anhand von einigen  
Berichten und Kommentaren über die Demonstration und im Vorfeld der Demonstration  
vom 13. Dezember belegt. Bemerkenswert war damals schon, wie besonders aktiv Medien  
wie die TAZ, die Frankfurter Rundschau, die Zeit, die Berliner Zeitung und auch der  
Berliner Tagesspiegel waren. Die Agitation war also nicht auf Bild, Welt, FAZ und  
Rheinische Post beschränkt, im Gegenteil. Die Hauptarbeit zur Stigmatisierung wurde von  
den zuvor genannten Medien geleistet.

Die Etikettierung und – wie ich es empfinde – die nachhaltige Diskreditierung der neuen  
Friedensbewegung wäre vermutlich nicht so gut gelungen, wenn es nicht innerhalb der  
Linken, konkret innerhalb der Linkspartei, zu einer heftigen Auseinandersetzung zum  
Thema gekommen wäre und eine Mehrheit die Etikettierung mitgemacht hätte.

In diesem Kontext von Interesse ist auch ein Beitrag in [Telepolis vom 21.1.2015](#) auf der  
Basis eines Gespräches mit Jutta Ditfurth. In diesem Interview wird schon in suggestiven  
Fragestellungen die Etikettierung der Demonstration vor dem Amtssitz des

NachDenkSeiten - Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegerischen Auseinandersetzungen in  
der Ukraine durchhalten und ein angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar  
2015 | 4

Wird die neue Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die  
Militarisierung der Politik und konkret gegen die kriegesischen  
Auseinandersetzungen in der Ukraine durchhalten und ein  
angemessenes Echo finden? | Veröffentlicht am: 23. Januar 2015 | 5

Bundespräsidenten und des sogenannten Friedenswinters besorgt und wie  
selbstverständlich alles durcheinander gemischt – so die Demonstration vom 13. Dezember  
mit dem Hauptredner Eugen Drewermann mit dem Neurechten Jürgen Elsässer und dessen  
juristische Auseinandersetzung mit Jutta Ditfurth. An diesem Interview können Sie die  
Methoden gut studieren. Weil Telepolis auch ein progressives Image hat, passt das zu der  
beschriebenen Methode, vor allem linksliberale Medien in die Kampagne einzubauen.

### **Mein nüchternes Fazit zur Stigmatisierung der Friedensbewegung und ihren Folgen:**

- Die nachhaltige Diffamierung der neuen Friedensbewegung ist gelungen. Das ist ein  
großer Sieg jener Kräfte, die militärische Interventionen und die sogenannte  
militärische Lösung von Konflikten hoffähig machen wollen.
- Die NATO-Propaganda wirkt weit hinein in die deutschen Medien. Sympathien für  
Menschen, die aus Sorge um den Frieden auf die Straße gehen, gibt es kaum noch.
- Damit ist die Kriegsschuldfrage eines möglichen weiteren und größeren militärischen  
Konflikts – z. B. in der Ukraine – vor Beginn des großen Konfliktes schon im Sinne des  
Westens beantwortet.
- Wer auf die friedliche Lösung von Konflikten pocht, steht auf ziemlich verlorenen  
Posten. Davon wird auch in einem [Artikel der „Zeit“](#) mit Hinweis auf die Position des  
früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt berichtet. Ich zitiere: „Moskau sieht sich  
von der Nato und den USA bedroht. Wer (Wie etwa auch die Vertreter der  
Friedensbewegung, d.Verf.) diese These vertritt, hat einen harten Stand, das musste  
nicht zuletzt Altbundeskanzler Helmut Schmidt feststellen. Wer Russlands Politik zu  
verstehen versucht, wird schnell zum Putinverstehrer – aus einer Kernkompetenz der  
politischen Analyse wird ein Schimpfwort, das Kumpanenschaft vermutet und die  
Rechtfertigung des Völkerrechtsbruchs unterstellt. Beides ist falsch, beides ist infam.“